

Mauer soll auf den Prüfstand

**3,50 Meter hoher Lärmschutz an der Sauerlacher Straße:
Entscheidung fällt im Dezember**

VON CARL-CHRISTIAN EICK



Anschauungsunterricht: Mitglieder der Wolfratshäuser CSU zeigten am Dienstag mit einem Stofftuch die Dimension der 3,50 Meter hohen Mauer auf, die an der Sauerlacher Straße/Am Floßkanal geplant ist. Foto: Sabine Hermsdorf-Hiss

Wolfratshausen – Mit 7:3 Stimmen hat der Bauausschuss die Errichtung einer rund 25 Meter langen und 3,50 Meter hohen Betonmauer genehmigt (wir berichteten). Sie soll die Bewohner des von der Maro-Genossenschaft an der Sauerlacher Straße 15 geplanten Mehrgenerationenhauses vor Verkehrslärm schützen. Derzeit scheint es jedoch wahrscheinlich, dass die Entscheidung des Fachausschusses vom Stadtrat überprüft wird.

Die CSU-Fraktion hatte Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW) wenige Stunden vor der Stadtratssitzung am Dienstagabend einen Antrag zur Geschäftsordnung zugestellt: Der Stadtrat möge kurzfristig darüber abstimmen, ob das Votum des Bauausschusses noch einmal auf den Prüfstand kommen soll. Laut CSU-Fraktionschef Günther Eibl muss dies geschehen, wenn ein Viertel des 25-köpfigen Stadtrates den Antrag der Christsozialen, die über acht Vertreter im Rat verfügt, befürwortet.

Die Abstimmung wird nach den Worten des Rathauschefs in der Dezember-Sitzung erfolgen. Heilinglechner beteuerte auf Nachfrage von Eibl, dass durch die vierwöchige Vertagung keine Fristen verletzt würden. Dies habe ihm die Rechtsaufsicht des Landratsamts bestätigt. Es bleibe bis Ende Dezember Zeit, so der Bürgermeister – erst dann könne sich die Maro-Genossenschaft de jure auf den Beschluss des Bauausschusses berufen.

Nicht nur die CSU hadert mit dem Mauerbau. „Wieso ist die Mauer so hoch?“, wollte Manfred Menke (SPD) in der Sitzung am Dienstagabend wissen. „Kann man die nicht auf zwei Meter Höhe reduzieren?“ Zudem erkundigte sich Menke nach den Konsequenzen für den Investor, wenn die Mauerhöhe vom Stadtrat gestutzt würde. „Natürlich hätte das Konsequenzen“, stellte Bauamtsleiterin Susanne Leonhard fest. Nötig wäre in diesem Fall unter anderem ein neues Lärmschutzgutachten.

Für Dr. Manfred Fleischer (CSU) ist die Mauer „ein planerischer Schildbürgerstreich“. Er mutmaßte, dass die Maro aus Kostengründen keine Dreifachverglasung fürs Mehrgenerationenhaus vorgesehen habe – und in puncto Lärmschutz auf eine preiswertere Betonmauer setze. Falls die Genossenschaft eine Kombination aus Dreifachverglasung und Schutzwall plane, „wäre das etwas ganz Neues, etwas Epochales“, so Fleischer süffisant.

Annette Heinloth (Grüne) appellierte an den Bürgermeister, umgehend Kontakt mit dem Planer der Maro aufzunehmen, „um Zeitverzögerungen zu verhindern“. Zudem bat sie die Verwaltung, bis zur Dezember-Sitzung des Stadtrates alle Informationen zu sammeln, die relevant für die Entscheidung der Mandatsträger seien. Er stehe bereits im Kontakt mit der Genossenschaft in Ohlstadt, berichtete Rathauschef Heilinglechner. Details nannte er am Dienstag nicht.

Laut Ralf Schmid, Projektleiter der Maro, soll die 3,50 Meter hohe Mauer nicht nur die Wohnungsmieter vor dem Verkehrslärm schützen. Wichtig sei der Wall auch für die Menschen, die sich auf den Außenflächen, den „Gemeinschaftsflächen“ auf dem Areal aufhalten.

→ LESERBRIEF SEITE 6